

Zeitung für das Dilltal.

Amtliches Kreisblatt für den Dillkreis.

Druck und Verlag der Buchdruckerei E. Weidenbach in Dillenburg.
Geschäftsstelle: Schulstrasse 1. • Fernruf: Dillenburg Nr. 24.

Anzeigenpreise: Die kleine 6-gesp. Zeile 20 Pfennig, lokale geschäftliche Anzeigen 15 Pfennig, die Reklamenzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholungs-Aufnahmen Rabatt oder günstige Preis-Anschläge. Offertenzettel oder Anstundt durch d. Geschäftsstelle 25 Pfennig.

Nr. 67

Mittwoch, den 20. März 1918

78. Jahrgang

Folgen der Kapitulation Hollands?

Der Ostfriede und der Reichstag.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Am Sonnabend hat der außerordentliche allrussische Kongress der Sowjets in Rußlands uralter Hauptstadt Moskau den Friedensvertrag vom 2. März mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen. Damit ist also der am 2. März in Litauisch-Brest unterzeichnete Vertrag rechtskräftig geworden. Er tritt jetzt in Kraft. Am Sonntag stimmte der deutsche Bundestag mit den Friedensverträgen mit Rußland und Finnland seinerseits zu; am Montag lagen die Friedensverträge „zur verfassungsmäßigen Genehmigung“ dem Reichstag vor und der Kanzler selbst versuchte in einer kurzen Rede in seiner feierlichen Art die Friedensschlüsse als jenseits von Gewaltfrieden anzusehen.

Der Kanzler hätte sich auf neutrale Stimmen berufen können, die ausführten, daß Rußland sehr günstig behandelt worden sei, nachdem es diesen Krieg eingetandenermaßen zu Rußweden unternommen hatte. Seit Suchomlinows Gesandnis und des russischen Barons Rosen Zeugnis, daß seit 1912 Rußland bereit war, seine Dampfwaage nach dem Westen zu in Bewegung zu setzen, ist an der Wahrheit Schuld dieses Krieges kein Zweifel. Rußland war zerbrochen, seine Menschenmassen verbluteten vor unserem Schwert oder wälzten sich jetzt, aufgelöst, als alles zerdrückende Mut über Rußland. Es war also für eine Gewaltpolitik leicht, sich durchzusetzen. Deutschland hat dagegen den russischen Fremdböckern die Möglichkeit gegeben, sich vom Moskowitzischen Joch zu befreien und selbst zu wählen, wem sie sich zuneigen wollten. Für Rußland und Litauen liegen jetzt Zeugnisse darüber vor. Hervorzuheben ist die Bemerkung des Kanzlers, daß für Estland und Livland nicht in dem Maße die Freiheit Rußlands und Litauens zu bestehen scheint. Während der Kanzler gewissermaßen ein ganz enges Verhältnis Rußlands und Litauens zu Deutschland als selbstverständlich annimmt, schaltet er für Estland und Livland die Bemerkung ein, daß „auch ein freundschaftliches Verhältnis (Estlands und Livlands) mit Rußland nicht ausgeschlossen ist.“

Im Einzelnen vermißt Graf Hertling in dieser Zeit der unentschiedenen Lösung einzelner Ostfragen, Klarstellung sowohl gegenüber dem kurländischen Ackerleuten der Herzogskrone an den König von Preußen, als auch für oder gegen Litauen zu nehmen. Auch die polnische Frage bleibt offen. Es sind Verhandlungsmöglichkeiten vorhanden, deutet der Kanzler an. Man hofft, daß die Polen einen friedlichen und freundschaftlichen Nachbar für alle Zukunft darstellen. — Man hofft! Macht den Polen einige Konzessionen und glaubt, sie würden wie ein Schuß königlich preussischer Selbsterwehrens den starken polnischen Weib mildern, der unsern Nachbarn zu leicht zu Kopfe steigt. Wir wissen nicht, auf welche Grundlagen sich die Polenpolitik Deutschlands und Österreich-Ungarns aufbaut. In politischen Kreisen spricht man wieder von einer austro-polnischen Lösung, und Vertreter der Mehrheitsparteien haben die kleine Gruppe der polnischen Aktivisten bekanntlich veranlaßt, eine Richtschnur anzunehmen, die gewissermaßen polnische Wünsche erfüllt. Unser Staatssekretär von dem Ausland deutete im weiteren Verlauf der Verhandlungen darauf hin, daß eine solche Lösung mit Hilfe der Mehrheitsparteien der Regierung nicht unangenehm sei. Wenn aber Herr Fehrenbach vom Zentrum als Optimist vom reinsten Wasser behauptete, welche polnische Kreise wünschten ein Bündnis Polens mit Deutschland, so ist das nur eine taktisch berechnete Bemerkung. Gerade Herr Fehrenbach hat sich noch vor nicht ganz langer Zeit energisch mit dem polnischen Großwahn beschäftigt und ihn abschütteln müssen. Aber es scheint, als ob die Polen vom Reichsparlament und der Reichsregierung die gleiche Behandlung erfahren wie die Tschechen von der österreichischen Regierung. Herrn von Bethmanns unheiliges Erbe drückt auf den Schultern des Kanzlers und belastet die Gewissen derer, die damals ihrem Heros Bethmann die Selbständigmachung Polens als Ausfluß höchster politischer Weisheit anrechneten. Daß die Früchte dieser Politik uns schwer im Magen liegen, entschuldigt aber nicht, daß der Mund trotzdem anders redet, als der physische Zustand erfordert. Die Unklarheit unserer Polenpolitik scheint auch diesmal trotz aller Reden nicht aufgehört zu werden.

Hier vermißt man ein lautes Wort des Kanzlers besonders schmerzlich. Im allgemeinen aber ist den Früchten der Brestter Politik und der Befriedung der Randböcker zugestimmt. Sie erst bannte die großrussische Gefahr. Daß wir hier also keinen Gewaltfrieden abgeschlossen haben, konnte der Kanzler ehrlich hervorheben. Er hätte hinzufügen können, daß wir in Litauisch-Brest mit den Randböckern und in Berlin mit Finnland einen Frieden der Ordnung ausrichteten und das Selbstbestimmungsrecht der russischen Fremdböcker gegen die

Deutschland und Holland.

Berlin, 19. März. Eine endgültige amtliche Erklärung über den Entschluß der holländischen Regierung liegt hier bis jetzt noch nicht vor. Man muß sich also zunächst an die vom Minister des Aeußern in der Kammer gemachten Mitteilungen halten. Darin ist aber bereits unzweifelhaft festgestellt, daß Holland im Begriff steht, von der strikten Neutralität, die es bisher innegehalten hat, zugunsten des Verbands abzuweichen und diesem zum Nachteil der Mittelmächte militärische und wirtschaftliche Vorteile einzuräumen, die es ihm unter seinen Umständen hätte zusehen dürfen. Damit wird eine neue Situation geschaffen, und Holland muß nunmehr gewärtigen, daß wir daraus die einzig mögliche Schlussfolgerung ziehen, indem wir an Holland Forderungen stellen, die wir bisher nicht gestellt haben und bei Aufrechterhaltung der holländischen Neutralität nicht gestellt haben würden. (Abita. Sig.)

Der Kriegswille der Entente.

Genf, 19. März. Die am Donnerstag, Freitag und Samstag voriger Woche abgehaltene Konferenz der Entente hat die Veröffentlichung einer Erklärung beschlossen, deren Wortlaut heute nacht erschienen ist. Diese Erklärung gipfelt darin, daß die Regierungen der Entente die Abmachungen Deutschlands mit Rußland und Rumänien nicht zur Kenntnis nehmen, daß sie den Krieg zur Befreiung aller Völker fortsetzen und daß sie ihren eigenen Willern empfehlen, das Vertrauen zu bewahren, daß die Armeen der Entente tüchtig genug sind, um auf den Schlachtfeldern den Triumph der Zivilisation (1) zu vollenden. Das Interesse an dieser ganzen Pöbelerei ist, daß sie sich ausdrücklich nur gegen Deutschland richtet, von dessen Bundesgenossen weder insgeheim noch im einzelnen die Rede ist. Die ganze Erklärung ist gewiß nicht geeignet, die Stimmung des französischen Volkes zu heben. Sie ist anmaßend und doch kleinlaut.

An den Londoner Konferenzen, die zu dieser Rundgebung führen, haben, wie die Zeitungen noch mitteilen, von französischer Seite außer Clemenceau und Pichon auch die Minister der Marine, der Rüstungen, des Verkehrs und des Handels teilgenommen, sowie die Generäle Foch und Weigand. Auch der amerikanische General Hill war mit Clemenceau nach London gereist. Clemenceau hat gestern, Montag früh, dem Präsidenten Poincaré Bericht über den Verlauf der Londoner Konferenz erstattet. Er empfing sodann selbst den Beschluß der Mitglieder des Kabinetts. Unterdessen hat sich aber der Minister des Aeußern, Pichon, krank gemeldet; er ist aus London mit einer angeblich leichten Influenza

wie Fluß verteidigen. Herr Haase schreibt zwar, wir hätten die Revolution in Finnland und der Ukraine „niedergerabelt.“ Aber diese Vorliebe der U. S. für moskowitzische Mordtaten und die des Herrn Dr. David von dem W. S. für die Gedankengänge Trojks und Lenin ist lediglich pathologisch zu werten. Sie beweisen nur, daß unsere Sozialdemokratie deutsche Interessen mit dem Parteidemetermaß mißt und den Waffstab der Zahlabendspolitik an weltpolitische Begebenheiten legt.

Der Kanzler beschäftigte sich wohl abgewogener und ruhiger Worte. Er unterließ es, das bolschewistische verlogene Treiben nochmals hervorzuheben. Um so schärfer und schlagender waren dagegen seine Worte über die Ententepolitik. Er ist es müde geworden, sich mit ihr auseinanderzusetzen. „Wo die Heuchelei zur zweiten Natur geworden ist, wo die Unwahrhaftigkeit sich bis zur Brutalität gesteigert hat, wo man in demselben Augenblick, da man sich anspricht, die drückende Hand auf einen neutralen Staat zu legen, zu sagen wagt, daß die selbstverfolgte Politik die der vollen Selbstlosigkeit sei, da schreitet jeder Versuch verständiger Auseinandersetzung, jeder sachlichen Verständigung.“ Die Verantwortung für das weitere Blutvergießen falle auf die Häupter derer, die in freivoller Bewusstheit der Stimme des Friedens nicht Gehör geben wollen.

Will der Kanzler damit andeuten, daß jetzt jede Verhandlungsmöglichkeit mit dem Westen ausgeschöpft sei? Graf Hertling weiß, was er sagt. Und der Entente gegenüber sind seine Worte durchaus eindeutig. Der Friede im Osten scheint also in seinen Grundlagen für den Westen nicht vorbild zu werden. Durch die Schuld der Entente, die weiteres Blutvergießen will.

zurückgekehrt und muß das Zimmer hüten. Ob ein Zusammenhang zwischen dieser Erklärung und den Besprechungen Clemenceaus besteht, wird sich bald zeigen.

Flieger über Rheinischen Städten.

Karlsruhe, 19. März. (Z.N.) Gestern mittag wurde Ludwigshafen von feindlichen Fliegern angegriffen. Die abgeworfenen Bomben, welche mit vier Ausnahmen auf die linksrheinische Seite fielen, richteten keinen nennenswerten Schaden an. Leider wurde jedoch eine Frau, ein Kind und zwei Männer getötet, sowie 10 Personen verletzt. Mit Ausnahme von drei der letzteren hatten sämtliche Verunglückten trotz des rechtzeitig gegebenen Warnsignals nicht Sägen in Gebäuden gesucht, sondern waren im Freien geblieben.

Karlsruhe, 19. März. (Z.N.) Gestern mittag wurde die offene Stadt Kaiserslautern von feindlichen Fliegern angegriffen. Durch die abgeworfenen Bomben wurde Häuser Schaden verursacht. Leider wurden 3 Männer und 3 Frauen getötet und mehrere verletzt. Von den Verunglückten befanden sich zur Zeit des Angriffs nur drei in Gebäuden, hatten aber nicht den Anweisungen entsprechend Schutz hinter Mauerpfeilern gesucht. Die übrigen waren auf der Straße verblieben. Das bedauerliche Unglück hätte vermieden werden können, wenn die Betroffenen dem rechtzeitig gegebenen Alarm Folge geleistet und sich den Anweisungen entsprechend verhalten hätten.

Marghiloman rumän. Ministerpräsident.

Bukarest, 19. März. (W.B.) Marghiloman ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Wien, 19. März. Aus politischen Kreisen wird gemeldet: Bekanntlich hat die rumänische Regierung in dem am 6. März abgeschlossenen Präliminarfriedensvertrag die von Österreich geforderte Grenzrichtigung grundsätzlich angenommen. Die Forderungen der Monarchie konnten jedoch bisher der rumänischen Regierung in den Einzelheiten noch nicht bekannt gegeben werden, da der bisherige Delegierte Argentoianu infolge der Demission des Generals Averescu seine Mission niedergelegt und der neu ernannte Ministerpräsident Marghiloman die Kabinettsbildung noch nicht durchgeführt hat. Die Verhandlungen werden nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Marghiloman nach Bukarest, die morgen erfolgen dürfte, wieder aufgenommen werden. Morgen läuft auch die Waffenruhe mit Rumänien ab. Man zweifelt nicht daran, daß eine Verlängerung erfolgen wird.

Königsberg, 18. März. Die „Königsberger Allg. Sig.“ schreibt zu der Rede des Reichskanzlers: Besonders bemerkenswert seien die an unsere noch kämpfenden Feinde gerichteten Worte. Sie fallen durch die Schärfe auf, mit der Hertling die Unwahrhaftigkeit und Heuchelei dieser Gegner geißelt, und jede ruhige Aussprache mit ihnen als unmöglich bezeichnet. Seine Hoffnung auf ein Einlenken ihrer Regierungen scheint er demnach endgültig aufgegeben zu haben und auch den Vereinigten Staaten keine Sonderstellung mehr einzuräumen. Das schafft Klarheit und wird auch auf die Entente einen stärkeren Eindruck machen als alles Liebeswerben.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. März.

Zur Verhandlung kommen zunächst eine Reihe von Anfragen.

Nach deren Beantwortung stehen zur Beratung:

Die Friedensverträge mit Rußland.

Abg. Stresemann (nl.): Der Deutsche Aufstieg hat die Gegnerschaft Englands und Rußlands geschaffen. Nicht Deutschland zertrümmerte das alte Zarenreich, sondern die Zarenmacht ging zugrunde, weil Deutschland schon vor dem Kriege mächtiger war als Rußland. Wir haben Rußland den Rücken gedeckt, als es seinen Krieg mit Japan führte; wir haben Italien ermöglicht, Tripolis zu besetzen; wir haben für alles das seinen Dank geerntet. Ein irgendwie organisierter Boykott gegen deutsche Waren, eine organisierte Abseitung von Rohstoffen ist nicht möglich; dazu ist die Sehnsucht nach deutschen Waren in der Welt zu groß.



Es braust ein Ruf wie Donnerhall

durch alle deutschen Lande! Von heute an gibt es nur einen Willen, eine Pflicht:

Kriegsanleihe zeichnen!

England hat jetzt, wo es die Folgen des U-Bootkrieges immer mehr spürt, sehr geschickt den Wirtschaftskrieg in den Vordergrund gestellt, um in gewissen Kreisen Deutschlands den Gedanken wach zu rufen, daß auch ein siegreiches Deutschland mit Rücksicht auf diesen Wirtschaftskrieg sich den Forderungen Englands fügen müßte. Man kann die Verhältnisse Deutschlands nicht anders regeln als die Dänemarks und Schwedens. Das Baltikum ist eine Einheit. Wir sind damit einverstanden, daß Litauen sich eine eigene Verfassung schafft, wenn eine litauische Oberschicht vorhanden ist, die die Grundlage hierfür bilden kann. Das selbständige Litauen muß eine Militärkonvention mit Deutschland schließen. Es muß in wirtschaftliche Annäherung treten. Ueber Posen und Westpreußen, wie über Elsaß-Lothringen diskutieren wir nicht. Wenn im militärischen Interesse die Einverleibung polnischer Gebiete notwendig ist, dann stellen wir unsere politischen Bedenken zurück. Man soll eine Kriegsschädigung nicht ohne weiteres ablehnen. Wo besteht für die Feinde noch die geringste Hoffnung auf Sieg?

Abg. Graf Westarp (kons.): Der Friedensschluß im Osten gehört zu den größten Ereignissen der Weltgeschichte. Unsere Monarchie hat sich dem russischen Jarentum, aber auch der russischen Demokratie überlegen gezeigt. Im Westen haben wir jetzt nach Ludendorffs Aussage auch die zahlenmäßige Uebermacht. Das ist für mich das sichtbarste Zeichen des Ostfriedens. Für die erste Zeit nach dem Frieden können wir im Osten mit einer Entlastung rechnen. Aber unsere Grenzen müssen nach dem Osten so weit vorgeschoben und so stark wie möglich gemacht werden. Wir sind bei der Ausbedingung wirtschaftlicher Forderungen außerordentlich bescheiden gewesen. Gegenüber Rumänien und namentlich nach dem Osten dürfen wir nicht so bescheiden sein. Vor allem müssen wir eine recht kräftige Kriegsschädigung fordern. Das neue Entgegenkommen gegen Polen hat Befremden erregt. Die polnischen Annahmen müssen zurückgewiesen werden. Es gibt keine polnische Frage, keine Ansprache über Posen und Westpreußen. Die militärische Sicherung muß sich nach dem Urteile unserer Heerführer richten. Es wäre ein Verbrechen, wenn wir uns die Erfahrung dieser Männer nicht zu nutze machen wollten. Kennen Sie diese Erwerbungen wie Sie wollen, meinetwegen auch Annexion. (Zuruf links: Das ist wenigstens ehrlich!) Bei Friedensverhandlungen mit dem Westen haben wir jetzt freie Hand, um Entschädigungen zu fordern und unsere Grenze zu sichern. Von Rüstungseinsparungen nach dem Kriege darf keine Rede sein. Das gebührt unserem heldenhaften Heer.

Abg. Ledebour (unabh. Soz.): Gestern sprachen die drei Regierungsparteien, die einen Verständigungsfrieden wollen, heute die beiden Annapolitikler, und nur die Annapolitikler sind mit der Regierung einverstanden. Wir lehnen den Friedensvertrag natürlich ab. (Heiterkeit.) Abg. Fürst Radziwiłł (Pole): Auch wir haben unser Interesse in einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Polen und Deutschland. Bei beiderseitigem gutem Willen werden auch die bestehenden Schwierigkeiten noch überwunden werden. An uns soll es nicht fehlen.

Abg. Mumme (D. Fr.) weist die Angriffe der Sozialdemokratie gegen die Balken zurück. Mit den Balken verbindet uns eine freie Bluts- und Geistesgemeinschaft.

Abg. Hansen (Däne) erklärt, daß die Bewohner der Färöer-Inseln eine Wiedervereinigung mit Schweden wünschen.

Die Vorlage geht an den Hauptausschuß.

Der neue 15-Milliarden-Kredit.

Ein Gesetzentwurf ermächtigt den Reichskanzler zur Bestreitung einer einmaligen außerordentlichen Ausgabe in Summe von 15 Milliarden Mark, die im Wege des Kredites flüssig zu machen ist.

Staatssekretär Graf Roederer: Der am 1. Dezember bewilligte Kredit von 15 Milliarden ist der Erschöpfung nahe. Auch in den letzten Monaten haben die Kriegskosten weiter angezogen. Vom September 1915 bis August 1916 beliefen sich die monatlichen Kriegskosten ziemlich beständig auf 2 Milliarden Mark. Nur unsere Heeresorganisation, verbunden mit genauer Führung, hat uns vor der Vernichtung bewahrt. Ist das Wort Clemenceaus wahr, daß derjenige siegt, der eine Viertelstunde länger an den Krieg glaubt, dann sehen wir getrost dem kommenden Kampfe entgegen, auf den die ganze Welt jetzt in atemloser Spannung blickt. Die gemeinsame Sache hat alle Parteien als Bundesbrüder mit eiserner Klammer zusammengefaßt, sie hat ihnen gezeigt, wie sehr sie aufeinander angewiesen sind. Drohen jetzt die Feinde mit der Rohstoffperre nach dem Kriege, so kann uns auch das nicht schrecken. Auch die Maßnahme der neuen Kriegsanleihe ist nur ein dem Bemühen unserer Feinde entgegenzusetzen: Und doch!

Abg. Haase (unabh. Soz.): Wir lehnen die Kriegsanleihe grundsätzlich ab.

Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung angenommen.

Mittwoch 3 Uhr: Postbesetzung. Meine Vorlagen. Dalmatier-Angelegenheit.

Das Preussische Abgeordnetenhaus

genehmigt am 19. März in erster und zweiter Beratung den Gesetzentwurf, wonach die Legislaturperiode um ein Jahr verlängert werden soll. — Hierauf folgte weitere Staatsberatung.

Zur Kapitulation Hollands.

Haag, 19. März. Die von der Entente an die Niederlande gerichtete Forderung, der sich nun die Niederlande unterworfen haben, bezieht sich zunächst auf den in amerikanischen und anderen alliierten Häfen liegenden holländischen Schiffsraum sowie auf den Schiffsraum, der von der Westküste Amerikas den Dienst nach Niederländisch-Indien versieht, und die auf dem Meere befindlichen Schiffe, die gegenwärtig von Niederländisch-Indien nach Britisch-Indien fahren. Für die etwa 300 000 Tonnen Schiffsraum, die in den niederländischen Häfen liegen, versteht sich die Entente zu einem Verbot des Verkehrs, d. h. sie will ein niederländisches Schiff aus ihren Häfen freilassen, sobald ein niederländisches Schiff aus einem niederländischen Hafen abfährt. Dieser Verkehrsverbot soll dann die Rohmaterialien- und Nahrungsmittelversorgung der Niederlande vornehmen. In der niederländischen Presse kommt allgemein die Enttäuschung und der Unwille darüber zum Ausdruck, daß die Entente diese Forderung gestellt und daß die Niederlande sich ihr unterworfen haben. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt in seinem Leitartikel, der Niederländer hätte eher vorgezogen, unter großer Entbehrung und äußerster Not das Anrecht zu dulden, dessen Schande die Alliierten nur auf sich nehmen wollen, als daß er sich dieser schändlichen Bedingung unterworfen, ja sogar

Die Tagesberichte.

Der deutsche amtliche Bericht.

Großes Hauptquartier, 19. März. (W. B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Preussische Stoßtruppen bayerischer und sächsischer Divisionen führten in Flandern erfolgreiche Erkundungen aus und nahmen dabei mehr als 300 Belgier gefangen.

An der Küste bis zum La Bassée-Kanal war der Feuerkampf am Abend gestillt. An der übrigen Front blieb er in mäßigen Grenzen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und von Gallwitz:

Bei Jubincourt hielten brandenburgische Stoßtruppen nach harten Kämpfen 20 Gefangene aus den feindlichen Gräben. Das Artilleriefeuer lebte beiderseits von Reims und in der Champagne zeitweilig auf. An der Nordfront von Verdun nahm es an Stärke zu. Wir setzten unsere Erkundungen fort. Sächsische Abteilungen brachten auf dem Oiseufer der Maas 56 Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

An vielen Stellen der Lothringer Front, in den Vogesen und im Sundgau rege Tätigkeit der Franzosen.

Wir schossen gestern im Luftkampf und von der Erde aus 22 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone ab.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der letzten Auflage.)

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 19. März, abends. (W. B. Amtlich.)

Regen schränkte an der Westfront die Gesichtstätigkeit ein. An der Nordfront von Verdun und im Paroß-Walde blieb das Artilleriefeuer lebhaft.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische amtliche Bericht.

Wien, 19. März. (W. B.) Amtlich wird verkündigt: Keine Ereignisse von Belang.

in bestimmter Weise an diesem Standpunkt mitgewirkt hätte. Das Blatt erinnert an die Helden der Belagerung von Leyden im Jahre 1574, Douza und van der Werff, die trotz der furchtbaren Not die Stadt hielten; solche Männer hätten auch heute die bedingungslose Anerkennung des niederländischen Volkes gefunden. Das „Amsterdamer Handelsblatt“ schreibt am Schluß einer Betrachtung: „Machte die Lage eine Zurückweisung denn absolut unmöglich? Hätten wir schon gegen Mitte April 100 000 to Getreide nötig? Konnten wir denn nicht mit einiger Sparsamkeit, ja im Notfall selbst mit etwas Hungerleiden während kurzer Zeit bis auf die folgende Ernte warten und hätten wir



Leset und befolgt die
Deutschen Worte
der deutschen Presse
zur S. Kriegsanleihe!

auf diese Weise nicht noch etwas von unserem nationalen Stolz retten können?“ „Gau“, so sagt das „Handelsblatt“, „hat sein Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkauft“.

Der neutrale Schiffsraum in den Entente-Häfen.

Genf, 19. März. In englischen und amerikanischen Häfen liegen dem Pariser „Journal“ zufolge noch ungefähr 3 Millionen Tonnen neutralen Schiffsraums, über den sich die Alliierten das teilweise Verfügungsrecht vorbehalten müßten.

Die Lösung der Polenfrage.

Seit dem Friedensschluß mit der Ukraine und der darauf folgenden, nicht zuletzt gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Erregung der Polen hat man in politischen Kreisen vielfach den Eindruck gewonnen, daß die sogenannte austro-polnische Lösung als erledigt anzusehen sei, umso mehr, als Graf Czernin schon während des letzten Verhandlungsstadiums in Brüssel-Vitossf erklärt hatte, nicht mehr unbedingt an der Angliederung Polens an Oesterreich festhalten zu wollen. Das Aufgeben dieser Lösung würde auch eine logische Folgerung des engeren politischen Verhältnisses zwischen Oesterreich und der ukrainischen Nation gewesen sein. Denn die austro-polnische Lösung hatte im weiteren Verlauf eine Zusammenfassung von Kongreß-Polen und Galizien vorgezogen, wodurch die osigalizischen Ukrainer, gewöhnlich Ruthenen genannt, der polnischen Herrschaft ohne den bisherigen Rückhalt an der österreichischen Zentralgewalt ausgeliefert wurden. — Das Einlenken gegenüber den Polen, das in Berlin ebenso wie besonders in Wien in den letzten Tagen bemerkbar geworden ist, und das naturgemäß jetzt nur zum Nachteil der Ukrainer ausschlagen kann, scheint in Oesterreich einen neuen Stimmungswechsel auch zugunsten der austro-polnischen Lösung zur Folge gehabt zu haben.

Vereinbarung betr. Kriegsgefangener.

Berlin, 19. März. (W. B.) Nach Mitteilung des polnischen Departements mit Roten vom 18. 3. haben der französische Botschafter und der kaiserlich deutsche Gesandte dem Bundespräsidenten mitgeteilt, daß ihre Regierungen dem im Verlauf der in Bern gepflogenen Verhandlungen aufgestellten Entwurf einer Vereinbarung zwischen der deutschen und französischen Regierung über die Kriegsgefangenen genehmigt haben. Diese Vereinbarung ist demnach in Kraft getreten.

Armenische Grausamkeiten.

Konstantinopel, 19. März. (W. B.) Die Agentur Mill verbreitet folgenden Auszug aus Depeschen des Botschafters der dritten Armee über armenische Grausamkeiten: Die Armenier wuschen etwa 50 Mohammedaner, aus Hochan und Kalkischil nieder. Andre Mohammedaner, deren Anzahl nicht bekannt ist, welche die Armenier

unter dem Vorwande des Straßenbaus aus Kalkischil fortgeführt hatten, sind nicht zurückgeführt. Armenier, die aus der Stadt Erkinisch nördlich von Erzerum flüchteten, töteten 60 Mohammedaner. In Erzerum fanden wir 200 schrecklich verstümmelte Leichname. Osmanische Kavallerie, die Hassan Kalesch besetzte, stellte fest, daß Frauen, Männer und Kinder in diesem Dorf und seiner Umgebung in barbarischer Weise durch Verstöße und durch Dolchschläge von den Armeniern niedergemacht waren, die auch einen Teil der Bewohner fortgeführt hatten. Die Armenier hatten Hassan Kalesch in Brand gesteckt. (Zunehmend es sich etwa um Kottwehr oder Bergsetzung handelte, ist aus der Meldung nicht zu ersehen.)

Die kommenden Steuervorlagen.

Wie bekannt, weist der diesjährige Reichsetat einen Fehlbetrag von 2875 Millionen, also fast 3 Milliarden Mark auf, der durch Erschließung neuer Einnahmequellen gedeckt werden soll. Daß also neue große Steuervorlagen unmittelbar vor der Veröffentlichung stehen, ist klar.

Ein Branntweinmonopol?

Berlin, 19. März. Der Verband deutscher Spiritus- und Spirituosen-Interessenten teilt mit, es sei kaum daran zu zweifeln, daß die Pläne des Reichsschatzmeisters auf Einführung einer Branntweinmonopolvorlage bereits so weit gediehen sind, daß den bundesstaatlichen Regierungen ein ausgearbeiteter Entwurf zur Beratung vorliegt. Der Verband hält es unter diesen Umständen für geboten, unverzüglich zu dem Monopolpläne Stellung zu nehmen.

Ein Zeichen des Dankes für Deutschland.

Sofia, 19. März. (W. B.) Bulgarische Telegraphen-Agentur. König Ferdinand hat dem Generalfeldmarschall v. Mackensen den Nationalen Sankt-Alexander-Orden 1. Klasse mit den Schwertern verliehen und den Ministerpräsidenten Radostawow beauftragt, dem Generalfeldmarschall die Insignien des Ordens in Bukarest zu überreichen.

Aus Spanien.

Madrid, 18. März. (W. B.) Krütermeldung. Heute wurde das Parlament eröffnet. Der König verlas die Thronrede, die die herzlichen Beziehungen betont, die Spanien mit allen Völkern der Welt aufrecht erhalte und erkläre, daß Spanien in offener Uebereinstimmung mit dem Wunsche des Landes die Neutralitätspolitik festzuhalten entschlossen sei. Wenn sie aber auch dem Beispiel der friedlichsten Nationen folgte, so sei die Regierung doch aufmerksam bedacht, die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande zu verstärken.

Finnland und Rußland.

Festgefahrene Entente-Diplomaten.

Lugano, 18. März. Der Eisenbahnzug, der die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Italiens, Belgiens, Portugals, Serbiens und Griechenlands aus Petersburg nach Schweden bringen soll, wird nach einem Telegramm des „Corriere della Sera“ aus Tammerfors vom 15. März 40 Kilometer südlich von dieser Stadt bei der Stadt Toijala vom Kommando der roten Armee festgehalten. Da alle Auswege aus Rußland mit Ausnahme der Rumman-Linie von den Deutschen beherrscht werden, so suchen die Entente-Diplomaten durch Verhandlungen mit der Roten und mit der Weißen Armee einen Verständigen Waffenstillstand zwischen diesen beiden Armeen zustande zu bringen, der ihnen erlauben soll, über beide feindlichen Linien nach Schweden durchzukommen, doch sind die Verhandlungen infolge der schlechten Verbindungen sehr schwierig und die festgefahrenen Diplomatenmissionen leben abgeschieden und isoliert.

Der englische Gesandte in Stockholm protestierte bei der finnischen Regierung gegen die Verhaftung englischer Untertanen aus den Alandinseln. (Es handelt sich vermutlich um eine Anzahl wehrfähiger Engländer, die auf der Reise aus Rußland über Finnland von den deutschen Militärbehörden auf Aland festgehalten wurden. Die Maßnahme scheint der üblichen Festnahme deutscher Staatsangehöriger auf neutralen Schiffen durch England zu entsprechen. Wurst, wieder Wurst. D. R.)

Rotterdam, 19. März. (W. B.) Die „Daily News“ erzählt aus Moskau vom 15. März: Auf dem Sowjetkongress waren 1094 Abgeordnete vertreten, von denen 737 Bolschewik und 23 Sozialrevolutionäre waren. Swerdlow verlas Begrüßungstelegramme und auch die Botschaft des Präsidenten Wilson. Tschischewin berichtete über die Friedensbedingungen. Danach hielt Lenin, der mit einer Delegation empfangen wurde, welche bewies, wie wenig seine Stellung erschüttert ist, eine lange Rede, worin er seine Auffassung über Rußlands Bedürfnisse auseinandersetzte, damit es für den endgültigen Kampf zu Atem kommen könne. Nach der Rede Lenins wurde die Versammlung vertagt.

Haag, 19. März. Reuter meldet aus Petersburg: Ein Telegramm aus Moskau am Don berichtet, daß dreitausend österreichische und deutsche Kriegsgefangene sich der Stadt bemächtigt haben. — Die Regimenter der Preobraschenski-Garde in Petersburg und Moskau wurden entwaffnet, ebenso alle Truppen der Garnison, die sich weigerten, dem roten Heere beizutreten. — Wie berichtet wird, versuchen die Russen Odeffa in Brand zu setzen, bevor sie die Stadt räumen. Sie konnten den Plan jedoch nicht ausführen, da ihnen die Deutschen zu dicht auf den Herzen folgten.

Tokio, 19. März. (W. B.) „Hoch Schimbun“ meldet, daß die Maximalisten am 12. März einen dritten Angriff auf Biagowestscheni gemacht hätten. Die Antimaximalisten leisteten Widerstand, wurden aber geschlagen. Von 150 Japanern, die nicht mehr stehen konnten, wurden die meisten ermordet. (Es handelt sich offenbar um eine von England rebellierte Meldung, die ebenso wie die erste Meldung in dem vorstehenden Bericht aus Haag bestimmt ist, in Japan entsprechend Stimmung zu machen.)

Das Rätselraten über Japans Absichten.

Basel, 19. März. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Beijing brachten die aus dem Innern Sibiriens in Chardin eingetroffenen Japaner die Mitteilung, daß sie von ihrer Regierung den Befehl erhalten hätten, abzuziehen mit Rücksicht auf den Ernst der Lage, aber aus einer militärischen Intervention Japans für sie entsehen könnte.

Friede oder Kampf?

Gen, 19. März. Unter der Ueberschrift Entscheidung von allergrößter Tragweite knüpft ein Artikel der „Neuen Freien Presse“ an eine Meldung über eine Neuerung Lord Georges, wonach in dieser Woche Entscheidungen über Lebensfragen des britischen Reiches zu treffen seien: Das Blatt glaubt, auch in England habe die Friedensfrage zur Erwägung, denn auch England dürfe sich der Einsicht nicht verschließen, daß sein zentralisiertes Kriegsziel, die Zertrümmerung Deutschlands, wozu der Militarismus doch nur ein Draht sei, und die Verdrängung der österreichisch-ungarischen Monarchie um ein Mittel ihres Bestehens, nicht mehr erreicht werden kann. Darauf stellt es die durch den Frieden im Osten errungenen Erfolge der Mittelmächte dar und sagt, auch Englands Hoffnung, die Gegner durch innere Unterwühlung zu überwinden, sei fehlgeschlagen, ebenso wie die Rechnung auf wirtschaftliche Erschöpfung. Die Mittelmächte hätten sich militärisch durchgesetzt und seien weder von außen besiegt noch von innen zerprengt worden. Dieses Bündnis sei aufrecht geblieben, dagegen sei der Verband im Kriege auseinandergefallen. Sicher sei, daß England ernsteste Gründe habe, aus dem Krieg herauszukommen. Der Streit mit Holland beweise, daß eine Krise des Schiffsraums bestehe. Nur die Furcht vor Mangel erkläre es, daß ein militärisches Land, dessen Regierung beständig vom Recht der kleinen Völker spreche, vor dem Urteil der ganzen Welt sich so bloßstellen wage und sein Wort vom Schutze kleiner Völker derart zum Gespött mache, wie es durch den Gewaltstreik gegen Holland geschieht. Auch wenn es für England nicht gleichgültig sei, einen Streit mit Holland anzufangen, dazu komme der Stummer mit Japan und Rußland. Der Vorwand, daß Deutschland die Küste des Großen Ozeans erobern wolle, sei selbst den Mitgliedern des Unterhauses allzuoffensichtlich gewesen. Die Wahl zwischen Frieden und Schlacht sei noch frei. Die Frist für die Ueberlegung sei noch nicht vorüber, wenn auch die Gefahr mit jedem Tage wachse. Die Entschlossenheit der Mittelmächte könne auch vom Verband nicht mehr bezeugt werden. Sein letztes Wort habe er bisher nicht gesprochen. (Es will uns scheinen, daß man in Wien über Englands Charakter allzu optimistisch denkt; leider wird wohl nur das Schlimme die Entscheidung bringen. D. Red.)

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Rotterdam, 19. März. (Z.N.) Der Herausgeber der „Daily News“ sagt in einem Aufsatz erregenden Inhalts, daß die Kriegslage trotz der Vorherrschaft der Propaganda entschieden zugunsten des Vierbundes stehe. Anständigheit und Wahrheitsliebe erfordere die Erklärung, daß die Entente sich nur dadurch aus ihrer kritischen Situation retten könne, daß sie ohne Ausschließen Frieden schliesse. Jeder Tag bessere die Lage der Mittelmächte, und mache die Sache der Alliierten unabweisbar und hoffnungslos.

Warum England den Krieg bis zum äußersten fortsetzen will!

Englands zielbewusstes Streben, unter der heuchlerischen Maske des Beschützers der kleinen und unterdrückten Nationen seine Zwangsherrschaft immer mehr zu befestigen und auszudehnen, wird im „Avanti“, dem italienischen Sozialistenblatt, vom 22. Februar gebührend an den Pranger gestellt. Wie der Verfasser des zensurirten Artikels, Camoglio, eingehend auseinandersetzt, will England den Krieg bis zum äußersten fortsetzen, „1. um durch Fortsetzung desselben die unbedingte ökonomische Vernichtung Deutschlands zu erreichen, das England unter seiner Faust halten will, 2. zur Erschöpfung seiner eigenen Verbündeten und zu deren ökonomischen und politischen Erdrosselung“. England findet nach „Avanti“ kein Mittel, um den Krieg zu verlängern und seine Verbündeten finanziell durch seine Anleihen zu unterstützen. Auf diese Weise erreicht es drei Ziele: 1. seine Verbündeten während der Dauer des Krieges stark zu machen, 2. die Verschuldung der Verbündeten sich selbst gegenüber laut zu vergrößern, 3. durch diese Verschuldung die verbündeten Nationen in seine ökonomische und politische Abhängigkeit zu versetzen. England, das heute mindestens von unseren Kriegsgegnern als die Beschützerin der Rechte der unterdrückten Völkerstaaten angesehen wird, wird laut rufen können: „Die Welt ist auf dem Wege, deutsch englisch zu werden.“

Die Furcht vor dem U-Boot!

London, 18. März. (W.B.) Neutermeldung. Im Unterhause fragte Hunt, ob keine deutschen höheren Offiziere an Bord der Hospitaltschiffe und der bewaffneten Schiffe untergebracht würden. Nur Kay antwortete, die Frage wäre zwar von der englischen Marine- und Militärbehörde sorgfältig erwogen worden. Man habe aber nicht die Absicht, den Plan auszuführen. (Bekanntlich dienen auch jetzt in England entgegen den Bestimmungen auch Entente-Hospitaltschiffe zum Transport von Truppen und Kriegsbedarf.)

Englische Phantasien.

Koblenz, 19. März. Die englische Phantasie wird immer lebhafter und rühmrediger. Einen Beweis dafür liefert ein Bericht aus London über den Fliegerangriff auf Koblenz, den englische Flieger am 12. März ausgeführt haben, in den Wasser Nachrichten. Es heißt darin, aus „autorisierten“ Quellen stammende Telegramme bezägen, daß die Ergebnisse des englischen Fliegerangriffs auf Koblenz einschlägiger Art gewesen seien. Die Stadt sei vollständig abgeperrt. Niemand dürfe ohne militärische Sondererlaubnis zu- und abreisen. Mehrere Munitionsfabriken ständen in Brand, die Feuerwehre sei wegen der großen Mengen von Brandstoffen, die beständig vom Feuer ergriffen würden, dem Brande gegenüber vollständig machtlos. — Hier weiß niemand etwas von diesen Ereignissen und Zuständen. In England wird man sich dagegen über diese „Erfolge“ gewaltig freuen.

Panikartige Stimmung in Paris.

Bern, 18. März. Ein Neutraler, der gestern über Paris eingetroffen ist, gibt im „Berner Tagbl.“ ein Bild der panikartigen Stimmung der Pariser Bevölkerung während der letzten Katastrophe, die an Paris grenzte. Schon der letzte Luftangriff habe die Bevölkerung schwer erschüttert. Die Leute hätten ihre Habe verloren und viele suchten sich mit Weib und Kind aus Paris zu entfernen, das so gefährlich geworden sei. Sämtliche Jäger nach dem Süden seien eingekauft und man müsse viele Tage vorher Plätze bestellen, wenn man sicher sein wolle, besichtigt zu werden. Dazu kämen

die furchtbaren Explosionen von La Courneuve, die ganz Paris in eine verzweifelte Stimmung hineingeworfen hätten. Die Angabe der Pariser Blätter, daß 1500 Personen verwundet seien, sei weit unter der Wahrheit; im Publikum werde geätzt, es seien 20 000 Personen zu Schaden gekommen. Von der schweizerischen Grenze, 18. März. Durch das Unglück von Courneuve sind nach dem „Tempo“ wenigstens 15 000 Munitionsarbeiter bewußlos geworden. Samstag nachmittag ging in Paris das Gerücht um, auf der Trümmerstätte stehe eine neue Explosion bevor. Daraufhin begann die Bevölkerung zu flüchten, und die Arbeiterchaft der östlichen Pariser Vororte verließ die Fabriken. Die Polizeidirektion warnt in einer Bekanntmachung vor der Verbreitung denartiger Gerüchte, die die nervöse Stimmung der Bevölkerung vermehren müßten.

Die Fliegerangriffe außerhalb des Operationsgebietes.


Bern, 19. März. (Z.N.) Im Heeresansatz der französischen Kammer soll eine Mehrheit bestehen für die Anregung eines internationalen Abkommens über die Beschränkung der Luftangriffe auf die durch die Reichweite großkalibriger Geschütze begrenzte Frontzone. Die Entente will die Bedingungen stellen, daß London als offene Stadt gilt. (Mh.)

Ein Notschrei nach Amerikas Hilfe.

Zürich, 19. März. (Z.N.) Die militärischen Vertreter Mailänder Blätter vom Sonntag führen aus, die Verzögerung in der Herbeischaffung amerikanischer Truppen für Italien könne möglicherweise vom Feinde zu einer neuen Offensive ausgenutzt werden.

Der Washingtoner Generalfstab.

Washington, 19. März. (W.B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der stellvertretende Generalfstabschef Generalmajor March gibt bekannt, daß General Pershing um Ueberweisung von 30 Offizieren ersucht wurde, die am längsten in Frankreich an der Front gestanden haben. Sie sollen bei dem Generalfstab in Washington eingestellt werden. Der Plan ist, in Washington einen Generalfstab zu haben, der gründlich mit den Verhältnissen und Bedürfnissen des Krieges bekannt ist und an der Front einen Generalfstab, der ebenso mit den heimischen Verhältnissen und Problemen bekannt ist.



Die Ehre

Blank das Schild, unbesteckt der gute Name, recht und rein unser Handeln, das ist die Gesundheit unseres Daseins, die Ehre, von der wir leben. Nichts dürfen wir ihr vergeben, sie muß uns als unantastbar gelten. Noch höher aber steht des Volkes Ehre. In ihr hüten wir das Erbe der ganzen Nation, die Riesearbeit von Tausenden von Geschlechtern. Empfindlich zart wie eine Blume und doch zugleich unerbittlich trotzig gegen jeden, der sie verletzen will. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre!“ Ein Dichterwort, doppelt beherzigenswert in Zeiten der schwersten Not, wo jeder selbst beweisen muß, daß er der Ehre seines Volkes würdig ist.

Lokales und Provinzielles.

— Gut verloren unbedorben. Mit verloren das verdorben, Ehre verloren gar verdorben, sagt ein alter Reimspruch aus dem 16. Jahrhundert, der auch heute noch seine Berechtigung hat, und gerade jetzt in dieser Zeit mehr denn je. Was von der Ehre des einzelnen Menschen gilt, gilt auch von der Gesamtheit eines Volkes, gilt von dem ganzen Volke selbst. Wehe dem Volke, das seine Ehre verloren hat, weil es nicht sein Neuestes tat zu seiner Selbsterhaltung, das in der Zeit der schwersten Prüfung versagte. Die Ehre hat ihre tiefste Wurzel in der Selbsterhaltung. Ein Volk, das seine Ehre verloren hat, hat sich selbst aufgegeben. Ehre verloren, alles verloren. Der Staatsbürger, der nicht seine Pflichten gegen den Staat erfüllt, gefährdet die Ehre seines Volkes, und das umso mehr in einer Zeit, die von jedem einzelnen größte Pflanzenerfüllung verlangt. Christus der, der seinem in Kriegsnot befindlichen Staat die Mittel zur Verteidigung seiner Ehre, seiner Selbsterhaltung vorenthält, Christus der, der Kriegsanleihen zeichnen könnte und es nicht tut.

— 8. Kriegsanleihe. Die Zeichnungen bei der Kass. Landesbank und Sparkasse betragen bei der ersten Kriegsanleihe 27 Millionen Mark, bei der zweiten 42 Millionen Mark, bei der dritten 48 Millionen Mark, bei der vierten 46 1/2 Millionen Mark, bei der fünften 43 Millionen Mark, bei der sechsten 56 1/2 Millionen Mark, bei der siebten 55 1/2 Millionen Mark, insgesamt also 321 1/2 Millionen Mark, einschließlich der namhaften Beträge, die von dem Bezirksverband, der Kass. Brandversicherungskasse, der Kass. Landesbank und Kass. Sparkasse selbst gezeichnet wurden. Für die achte Kriegsanleihe werden sich diese Institute voraussichtlich mit den gleichen Beträgen beteiligen, wie bei den früheren Anleihen. Es darf erwartet werden, daß auch die Bezirks-Eingesessenen sich wiederum in gleicher Weise, wie bei der letzten Anleihe an der Zeichnung beteiligen und damit dem Vaterland einen wichtigen Dienst leisten, sich selbst aber eine günstige Kapitalanlage sichern.

— Fleischverteilung. Wie wir erfahren, kommen diese Woche einschließl. Wurst nur 100 Gramm Fleisch auf den Kopf zur Verteilung.

— Auszeichnung. Aufseher Theodor Haser von hier erhielt das Eisenerne Kreuz 2. Klasse.

— Dienstjubiläum. Der Maschinenmeister August Salzmanshausen feierte am Sonntag, den 17. März bei bester Gesundheit sein 40jähriges Dienstjubiläum bei der Firma August Herzog Söhne Dillenburg. Es ist dies seit

kurzer Zeit der zweite Beamte obiger Firma, welcher dieses Jubiläum feierte, was auf ein harmonisches Zusammenarbeiten schließen läßt.

— Bezugsscheine auf Schuhwaren. Die Reichsbefreiungsstelle hat die Bezugsscheinausfertigungsstellen angewiesen, von jetzt an Bezugsscheine auf Schuhwaren nur in dringenden Notfällen (z. B. vollständiger Verlust sämtlicher Schuhwerks, nicht aber Konfirmation, Todesfall und dergl.) auszufertigen, da vom 1. April d. J. an durch die von da an zuständige Reichsstelle für Schuhversorgung eine Neuregelung des Bezugsverfahrens für Schuhwaren erfolgt, durch das Schuhwaren in weitem Umfange, insbesondere sogenanntes Ersatz- und Kriegsschuhwerk, bezugsfrei werden sollen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der letzten Auflage.)

Vermischtes.

* Hohe Strafe wegen Schleichhandels. Die Strafkammer in Lübeck verurteilte den Obergärtner Bauck wegen Schleichhandels und Preiswuchers zu 10 Monaten Gefängnis und 4 000 M. Geldstrafe.

Letzte Nachrichten.

U-Booterfolge.

Berlin, 19. März. (Z.N. Amich.) U-Booterfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 18 000 Bruttoregistertonnen. Ein tief beladener, bewaffneter Dampfer wurde an der englischen Ostküste aus stark gesichertem Geleitzug herausgeschossen. Ein anderer Dampfer, wahrscheinlich mit Munitionsladung, verankert augenblicklich nach der Torpedoesplosion.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Die Stimmung in Holland.

Amsterdam, 20. März. (Z.N.) Die verschiedensten Gerüchte machten gestern die Runde in der Stadt. Einerseits sollte Deutschland die Kohlenlieferungen an Holland eingestellt haben, andererseits sollten die Alliierten die Bedingungen Hollands verworfen haben, und es sollte heute mittag in der Kammer eine Mitteilung hierüber abgegeben werden. Auf Grund dieser letzten Ankündigung bestand auf der Amsterdamer Börse am 19. für Schiffsfahrtswerte nicht die geringste Kauflust, insbesondere war der Stand der Aktion für die indische Schiffsreislinie sehr flau. Die Presse gibt weiter ihrer Mißbilligung und Entrüstung über den Regierungsbeschluss Ausdruck, und es zeigt sich immer deutlicher, daß die Regierung keinen nationalen Geist in ihrer Erklärung an die Alliierten bewiesen hat. Die „Tid“ schreibt: Der Eindruck, den die Veröffentlichung der Regierungserklärung machte, hat zugleich Gelegenheit gegeben zu bemerken, daß die Gefühle gegen England seit dem Burenkriege nicht wider geworden sind, im Gegenteil, alles, was die Staatsmänner Großbritanniens in den letzten Jahren gegen das Völkerrrecht verübt und verbrochen haben, alle Schikane, mit denen sie die Verträge verhöhnten und verletzten, sind uns bewußt geworden, und wir fühlen diesen schweren Schlag gegen unser Recht und unsere Freiheit wie einen Hohn, den wir schwer vergessen werden. Wir verstehen auch unsere Regierung nicht. Unser Volk hat unter dem Joch Amerikas und Englands hindurchgehen müssen. Wir mußten uns beugen. Warum, fragen wir uns, ist nicht dem holländischen Volkswillen irgendwie Rechnung getragen worden?

Eine amtliche Erläuterung zum holländischen Regierungsbeschluss.

Amsterdam, 20. März. (Z.N.) In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer leitete Minister Laudon eine Erklärung über die Verhandlungen mit den Alliierten ab. Er sagte u. a., daß, wenn er auch noch keinen Bericht über die Aufnahme der holländischen Vorschläge bei den alliierten Regierungen erhalten habe, er Wert darauf lege, zur richtigen Erkenntnis der Sachlage die Aufmerksamkeit der Kammer auf Folgendes zu lenken: Bei den Besprechungen mit den alliierten Regierungen in London wurde als Gegenleistung für die Lieferung von Lebensmitteln und Bunkerkohle verlangt, daß ein bestimmter Teil unseres Schiffsraums zur Verfügung der alliierten Regierungen gestellt werden solle. Holland hat dabei zum Unterschied von anderen Ländern die Bedingung gestellt, daß die Schiffe nicht in der Sperrzone gebraucht werden sollten. Der Minister erklärte dann weiter, daß die Uebereinkunft nicht im Widerspruch mit Hollands Neutralität stehe. Holland habe aber nicht kräftig genug Partei gegen Amerika genommen und stehe deshalb einer Verletzung der Neutralität durch Deutschland viel schwächer gegenüber.

Beantwort. Schriftleiter: E. Weidenbach in Dillenburg.

Amtlicher Teil. Bekanntmachung

Nr. W. I. 850/11. 17. 2. R. M.

betreffend Beschlagnahme und Meldepflicht von gesammelten rohen Menschenhaaren.

Vom 15. März 1918.

(Fortsetzung und Schluß.)

§ 6. Meldepflicht und Meldestelle.

Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen einer Meldepflicht, sofern die Gesamtmenge bei einer zur Meldung verpflichteten Person usw. (§ 7) mindestens 1 Kilogramm beträgt. Die Meldungen haben monatlich zu erfolgen und sind an das Stoffmeldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Reichs-Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 48, Berlin, Hedemannstraße 10, mit der Aufschrift: „Verstift Menschenhaare“ zu erstatten.

§ 7. Meldepflichtige Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind:

1. alle Personen, die meldepflichtige Gegenstände im Gewahrsam haben;
 2. gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmer;
 3. öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände.
- Meldepflichtige Vorstände, die sich am Stichtage (§ 8) nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie an diesem Tage im Gewahrsam hat (Vogelhalter usw.).

§ 8. Stichtag und Meldefrist.

Für die Meldepflicht ist bei der ersten Meldung der bei Beginn des 15. März 1918 (Stichtag), bei den späteren Meldungen der bei Beginn des 15. eines jeden Monats (Stichtag),

tatsächlich vorhandene Bestand maßgebend. Die erste Meldung ist bis zum 25. März 1918, die weiteren Meldungen sind bis zum 25. Tage eines jeden Monats zu erstatten.

§ 9. Meldebefehle.

Die Meldungen haben auf den vorgezeichneten amtlichen Meldebefehlen zu erfolgen, die bei der Bezirksverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 43, Berl. Hedemannstr. 10, unter Angabe der Bezirksnummer Hf. 192b, anzufordern sind.

Die Anforderung der Meldebefehle ist mit deutlicher Unterschrift (möglichst auch Firmenstempel), und genauer Anschrift zu versehen. Der Meldebefehl darf zu anderen Mitteln als zur Beantwortung der gestellten Fragen nicht verwendet werden.

Von den erstatteten Meldungen ist eine zweite Ausfertigung (Abschrift, Durchschrift, Kopie) von dem Meldenden bei seinen Geschäftspapieren zurückzubehalten.

§ 10. Lagerbuch und Auskunftserteilung.

Jeder Meldepflichtige (§ 7) hat für die der Meldepflicht unterliegenden Gegenstände (§ 6) ein Lagerbuch zu führen, aus dem jede Veränderung in den Vorratsumengen und ihre Verwendung ersichtlich sein müssen. Inwieweit der Meldepflichtige bereits ein derartiges Lagerbuch führt, braucht er nicht einzurichten zu werden. Beauftragter der Militär- und Polizeibehörden ist die Prüfung des Lagerbuches, der Geschäftsbriefe und Geschäftsbücher sowie die Verrückung und Unternehmung der Betriebseinrichtungen und Räume zu gestalten, in denen meldepflichtige Gegenstände gelagert, feilgehalten werden oder zu vermuten sind.

§ 11. Entziehung.

Bei Zurückhaltung der meldepflichtigen, beschlagnahmten Gegenstände ist Entziehung zu gewärtigen.

§ 12. Ausnahmen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Beschlagnahme-Bestimmungen können von der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums bewilligt werden.

§ 13. Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge welche die Meldungen betreffen, sind an das Beschlagnahmeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Berlin SW 43, Berl. Hedemannstr. 10, alle übrigen Anfragen und Anträge, die diese Bekanntmachung oder die zu ihr ergehenden Ausführungsbestimmungen betreffen, an die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Section B 1, Berlin SW 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten und am Kopfe des Schreibens mit der Aufschrift: „Betrifft Menschenhaarbeschlagnahme“ zu versehen.

§ 14. Inkrafttreten.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 15. März 1918 in Kraft.

Frankfurt (Main), den 15. März 1918.

Der Stellv. Kommandierende General:

Riedel, General der Infanterie.

Mainz, den 15. März 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz:

Bausch, Generalleutnant.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, bestraft:

1. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beschlagnahmt, beschädigt, oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft, oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
2. wer der Verpflegung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
3. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der geforderten Weise erteilt oder willentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer vorsätzlich die Einsicht in die Geschäftsbriefe oder Geschäftsbücher oder die Besichtigung oder Untersuchung der Betriebseinrichtungen oder Räume verweigert, oder wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft; auch können Vorräte, die verschwiegen worden sind, im Urteile als dem Staate verfallen erklärt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Auskunftspflichtigen gehören oder nicht.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der geforderten Weise erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, oder wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft.

Höchstpreise für Rindfleisch und Fleisch.

Das Kriegsversorgungsamt hat angeordnet, daß für Schlachtrindfleisch der Klasse B ohne Rücksicht auf das Gewicht 80 Mark für 50 Kilogramm Lebendgewicht vom 18. ds. Mts. an bis auf weiteres gezahlt werden sollen.

Der am 3. Oktober v. J. festgesetzte Höchstpreis für Rindfleisch wird deshalb nach Anhörung der Preisprüfstelle von 2.10 Mk. auf 2.20 Mk. für ein Pfund erhöht.

Dillenburg, den 20. März 1918.

Der Kreisamtschef.

Kohlenkarte III

kann ausgegeben werden. Die Versorgungsperiode, für die die Kohlenkarten gelten, läuft bis 30. April d. J. — Kohlenkarten III gehen den Gemeinden zu.

Dillenburg, den 19. März 1918.

Der königl. Landrat.

Bekanntmachung.

Die Verwendung der alten Bezugscheine vorräthig A I und B I wird in kurzer Zeit verboten werden.

Diejenigen Herren Bürgermeister und Gewerbetreibenden, die noch einen großen Bestand alter Muster auf Lager haben, werden ersucht, den genauen Umfang des Bestandes bis spätestens 25. März 1918 hierher mitzutheilen. Ich werde den Austausch der alten Vorräthe alsdann vermitteln.

Dillenburg, den 18. März 1918.

Der königliche Landrat.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Nach § 24 der Dienstanweisung für die Gemeinderrechnung vom 2. April 1898 haben die Rechnung sobald nach dem am 15. April jeden Jahres erfolgten Abschluß der Bücher eine aufgrund des Handbuchs anzufertigende vorläufige Rech-

nung der im abgelaufenen Rechnungsjahre bei jedem Einnahme- und Ausgabebeleg dargekommenen Zahlungen anzufertigen und diese in Gemeinderrechnung mitzulegen, an dem Gemeinderat, in allen anderen Gemeinden dem Bürgermeister zur Durchsicht und Bescheinigung der Richtigkeit vorzulegen.

Sobald ist diese Nachweisung bis zum 1. Mai hierher einzureichen.

Die Herren Bürgermeister beauftrage ich hiermit, für den rechtzeitigen Eingang obiger Nachweisung Sorge zu tragen. Formulare zu denselben werden Ihnen von hier aus gegeben.

Dillenburg, den 16. März 1918.

Der königl. Landrat.

Benzol-Spiritus.

Dem Kreis ist eine geringe Menge Benzol-Spiritus zur Verfügung gestellt worden. Bevor von Holzschneidemaschinen können begründete Anträge auf Zulassung von Benzol-Spiritus durch das zuständige Bürgermeisterei bis zum 25. ds. Mts. stellen. Später eingehende Anträge werden nicht berücksichtigt.

Dillenburg, den 16. März 1918.

Der königl. Landrat.

An die Herren Ständesbeamten der Landgemeinden des Kreises.

Die Herren Ständesbeamten werden an die päpstliche Erledigung der Verfügung vom 28. April 1915, II 636, betr. Nachweisung der Standesamtlich beurkundeten Kriegsterbefälle, die den Standesämtern nicht durch Vermittlung des Ministeriums des Innern angezeigt sind, für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März ds. J. (Termin 3. April cr.) erinnert.

Dillenburg, den 18. März 1918.

Der königl. Landrat.



Peiz und Plüchsgarnituren
Muff & Kragen
kleidsame prächtige Neuheiten
ohne Bezugschein
sehr preiswert
Kaufhaus
A. H. König

Ein großer Garten an der Holzgerter Landstraße in Boumonlage u. Bebauung ist zu verkaufen. Näheres Geschäftsstelle.

Suche schnellstens für meine Buchhaltung einen Herrn (evtl. auch Kriegsbeschädigter) oder Dame. (984)

Heinrich Grebe, Holzwarenfabrik, Dillenburg.

Zuverlässiges Mädchen oder einfache Stütze für alle Hausarbeit zum 1. oder 15. April gesucht. Angeb. unter B. M. 957 an die Geschäftsstelle.

Freiwilliges Mädchen (940) für Hausarbeit zum 1. Apr. oder später gesucht.

Frau Dr. Heusler, Hohl 9.

Besseres Mädchen, welches mit ferneren Hilft, für halb gesucht. Anzeigeb. Hotel zum Ritter, Herborn.

Ein hiesiges Fabrikations-Geschäft sucht einen Lehrling mit guten Schulkennntnissen für Lager und Kontor aus guter Familie Selbstgelehrte Anzeigeb. unter K. 951 an die Geschäftsstelle.

Wohnung, 3 Zimmer, Badezimmer, Küche und große Mansarde zum 1. Juli zu vermieten. (914) Hohl 22.

Rinderlos Ehepaar sucht z. 15. April 2 Zimmer und Küche. Näheres Geschäftsstelle.



Krieger-Verein
Dillenburg.
Zur Beerdigung des Kameraden Veteranen Maurer mit der Verein am Donnerstag 1/3 Uhr am Vereinslokal an. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Hektographenblätter, Ersatzrollen für Schapirographen- und Optimus-Apparate sind wieder lieferbar, auch an Wiederverkäufer.

Jakob Müller, Siegen.

Häuserien sind wieder eingetroffen bei Ernst Wissenbach, Marktstraße.

Milchziege zu kaufen gesucht. Angeb. an A. Niehl in Mühlheim-Nahr, Röhl 26.

Schwarzer Wallach (5-jährig), etwa 1,70 hoch, kräftig gebaut, fromm und zugest, äußerst guter Käufer ein- und zweispännig zu fahren, geritten, steht wegen Frenkelappheit zu verkaufen. Bestätigung jeder eit gestarter. Man wende sich an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Ausgabe v. Heeres-Näh- u. Strickarbeiten
erfolgt zu Dillenburg (Marktstraße 7) am Montag, den 25. und Dienstag, den 26. März für Bewohner des Amtes Dillenburg und Mittwoch, den 27. März für Bewohner des Amtes Herborn zu den b-konngerechten Bedingungen. Es gelangen insgesamt zur Ausgabe:
3700 Unterhosen,
4300 Hemden,
2300 Paar Strümpfe.
Die Kreis-Instandsetzungsstelle.

Glössener Handelsschule,
Inh.: G. Hermes, Fernsprecher 1097,
Glöessen, Bahnhofstr. 60.
Beginn des neuen Schuljahres Anfang April 1918.
Halbjahres- und Jahresklassen.
Ausserdem Kurse für Anwärter der Beamten-Laufbahn (Post, Telegr. und Eisenb.)
: Anmeld. rechts. notw. Prosp. frei. :

Dickwälder, verbesserte Götterdörfer Nissener Wolken, Juckerräden, Glit-Qualität, Garten-Gärtnereien sind wie er eingetroffen.
Frau E. Kleinpoppen, Samenhandlung.

Damit ich das in Nota habende
Abfallhelz

vorerst abliefern kann, werden Neubestellungen bereits auf weiteres nicht angenommen. Säg- und Drehpläne sind wegen dringenden Heeresbedarfes beschlagnahmt, und ist mir direkt verboten worden, das abzugeben.

Heinrich Grebe, Holzwarenfabrik, Dillenburg.

Kölnener Lotterie
am 20. April 1918
Los 3 M.
4996 Gew. 1. Gew. Wert v. M.
150000 Hauptgewinn 75000
50000 25000 M.
Berliner Lose
1. Zieh. 11. u. 12. April.
Porto 15 A jede Liste 30 A.
versendet Glöessen-Köln
Hoh. Deesoke, Kreuznach

Fleisch-Verteilung.
Das für diese Woche gewiesene Fleisch wird am Freitag, den 22. d. Mts. durch die hiesigen Metzger verkauft, und zwar für die Haushaltungen mit den Brotkarten-Nummern
1-325 v. 7-8 1/2 Uhr
326-650 v. 8 1/2-9 1/2 Uhr
651-1000 v. 9 1/2-10 1/2 Uhr
von 1001 an aufwärts
10 1/2-12 Uhr.
Verkauf von Fleisch außerhalb der oben angegebenen Zeiten ist verboten.
Dillenburg, 20. März 1918
Der Magistrat

Besseres Mädchen

sucht unter günstigen Bedingungen Frau Sanitäts-Rat Spamer, Röhlstr. a. M. Hautkrankh.

Auskunftsstelle Frau Rechnungsrat Wunderlich, Dillenburg.

Dankagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme während der Krankheit und bei dem Hinscheiden unserer lieben Sonnes und Bruders sagen wir Allen, insbesondere Herrn Pfr. Conrad für die tröstlichen Worte im Hause und am Grabe, sowie für die vielen Kranzpenden herzlichsten Dank.

Frau G. Fiegler Wwe. Hermann Fiegler.
Dillenburg, den 20. März 1918.

Um denjenigen Zeichnern auf die 8. Kriegsanleihe, die sofortige Lieferung von Stücken wünschen, entgegenzukommen, sind wir bereit, für den zu zeichnenden Betrag Stücke der 8. Kriegsanleihe sofort abzugeben. Diese Stücke sind mit Zinscheinen per 2. Januar 1919 versehen, sodas sich die Berechnung genau wie bei einer Zeichnung auf die 8. Kriegsanleihe stellt. Die Bedingungen der 6. und 8. Kriegsanleihe sind gleich. Die Stücke sind bei sämtlichen Landesbankstellen erhältlich und können auch durch alle Sammelleisten der Nassauischen Sparkasse bezogen werden. Der Beitrag der auf diese Weise abgegebenen 8. Kriegsanleihe wird von uns auf die neue Kriegsanleihe für unsere Rechnung voll gezeichnet.
Direktion der Nassauischen Landesbank.